Baden-Württemberg

Rückschritt beim Windkraftausbau?

[15.04.2025] In Baden-Württemberg sorgt eine Formulierung im neuen Koalitionsvertrag zum Thema Windkraft für Irritationen. Verbände warnen vor einem Rückschlag für die Energiewende im Süden.

Die Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg (PEE BW) und der Landesverband des Bundesverbands WindEnergie (BWE) sehen im Koalitionsvertrag von Union und SPD einen möglichen Rückschritt für den Windkraftausbau in Baden-Württemberg. Die Ursache: Ein Satz, der auf eine mögliche Abschaffung oder Abschwächung des so genannten Referenzertragsmodells hinweist.

In dem Vertrag heißt es, das Modell solle auf Kosteneffizienz überprüft werden – insbesondere im Hinblick auf unwirtschaftliche Standorte mit wenig Wind. Das Referenzertragsmodell gleicht derzeit Unterschiede zwischen windstarken Regionen im Norden und schwächeren Lagen im Süden durch Vergütungszuschläge aus. Fiele dieser Ausgleich weg, könnte das Projekte in Baden-Württemberg unrentabel machen.„Die Förderbedingungen müssen in den nächsten Jahren stabil bleiben, sonst ist mit einem Fadenriss des erwarteten Zubaus von Windparks in Baden-Württemberg zu rechnen“, sagte Jürgen Scheurer, Geschäftsführer der Plattform Erneuerbare Energien.

Auch die baden-württembergische Umweltministerin Thekla Walker (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert den Vorstoß aus Berlin: „Die geplanten Änderungen beim Referenzertragsmodell laufen darauf hinaus, dass Projekte aus Baden-Württemberg bei Ausschreibungen nach dem EEG es deutlich schwerer haben werden. Das ist energie- und wirtschaftspolitisch unverantwortlich.“

Besonders kritisch wird in der Branche auch eine weitere Formulierung im Koalitionsvertrag gesehen: Die geplante Evaluation der Windenergie-Flächenziele für 2032. In Baden-Württemberg liegt das Ziel bei 1,8 Prozent der Landesfläche. Sollte dieses Ziel zur Debatte gestellt werden, könnte das aus Sicht der Projektierer die nötige Planungssicherheit gefährden. „Ohne ausgewiesene Flächen geht nichts“, sagte Julia Wolf, Vorsitzende des BWE-Landesverbands. Das Flächenziel von 1,8 Prozent habe sich bewährt. Es müsse erhalten bleiben, um den Bau von Windrädern abzusichern.

(al)

Stichwörter: Politik, Bundesverband WindEnergie (BWE), Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg, Windenergie